

# Reichsward

und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Der Reichsward erscheint jeden Freitag. — Bewusstseins-Inhalt: vierteljährlich durch die Post 3.— Rm., durch Kreuzband 3.75 Rm., Ausgabe 8 monatlich 1 Rm., Deutschösterreich monatlich 2 Schilling. Ausland: Vierteljährlich 1 Dollar. — Anzeigen-Preise: Für die gewöhnliche Millimeter-Zeile 15 Goldpfennig, die ganze Seite 600 Gm.

## Graf E. Reventlow

Bei Namensdrück entsprechender Anstalten. Rabatt nach Text. Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichsward“ G. m. b. H., Berlin Süd 11, Bernburger Str. 30, entgegen. — Fernsprecher: Eichen 8082. Postfach-Konto: Berlin 88714. Unverlangten Manuskripten ist Rückporto beizufügen.

# Schade um Hindenburg!

Die Regierung dieser Republik erließ zum 28. Juni folgenden Aufruf, unter Vortritt des Reichspräsidenten von Hindenburg; — wir geben auch die übrigen Unterschriften der Minister, als historische Dokumente:

Der heutige Tag ist ein Tag der Trauer. Zehn Jahre sind verfloßen, seit in Versailles deutsche Friedensunterhändler gezwungen waren, ihre Unterschrift unter eine Urkunde zu setzen, die für alle Freunde des Rechts und eines wahren Friedens eine bittere Enttäuschung bedeutete. Zehn Jahre laßt der Vertrag auf allen Schichten des deutschen Volkes, auf Geistesleben und Wirtschaft, auf dem Werk des Arbeiters und des Bauern. Es hat zäher und angestrengter Arbeit und einmütigen Zusammenstehens aller Teile des deutschen Volkes bedurft, um wenigstens die schwersten Auswirkungen des Versailler Vertrages abzuwenden, die unser Vaterland in seinem Dasein bedrohten und das wirtschaftliche Gedeihen ganz Europas in Frage stellten.

Deutschland hat den Vertrag unterzeichnet, ohne damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei. Dieser Vorwurf läßt unser Volk nicht zur Ruhe kommen und föhrt das Vertrauen unter den Nationen. Wir wissen uns eins mit allen Deutschen in der Zurückweisung der Behauptung der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege und in der festen Zuversicht, daß dem Gedanken eines wahren Friedens, der nicht auf Diktaten, sondern nur auf der übereinstimmenden und ehrlichen Ueberzeugung freier und gleichberechtigter Völker beruhen kann, die Zukunft gehört.

Berlin, den 28. Juni 1929.  
Der Reichspräsident gen. von Hindenburg. Die Reichsregierung gen. Müller, gen. Stresemann, gen. Broener, gen. Curtius, gen. Dr. Wirth, gen. Dr. Schädel, gen. Wissel, gen. Dr. Hilferding, gen. Severing, gen. Dietrich, gen. v. Guérard, gen. Dr. h. c. Stegerwald.

Man muß — wegen Hindenburgs Namen: leider! — diesen Aufruf insgesamt als eine Unwahrheit und Unwahrscheinlichkeit von Anfang bis zu Ende bezeichnen, als eine sorgfältig überlegte und stilisierte Unwahrheit, und im einzelnen als eine Fülle von Unwahrscheinlichkeiten, alles auf Säufchung der Bevölkerung berechnet. Das trifft schon auf die ersten Worte zu: „ein Tag der Trauer!“ — nicht allein daß, sondern ein Tag tiefer Scham hätte der 28. Juni 1929 sein müssen, verbunden zugleich mit dem Ausdruck eines glühenden festen Willens, mit allen Mitteln und Kräften die Folgen dieses Tages vom Jahre 1919 zu beseitigen, auch ihre Urheber im eigenen Lande zur Verantwortung zu ziehen. Wer hat von den hohen Unterscheidern des „Aufrufes“ wohl damals Trauer empfunden, abgesehen natürlich von Hindenburg, und wer empfände sie noch heute? Vielleicht Stegerwald, vielleicht Schädel, vielleicht wir sind ganz unparteiisch, der Sozialdemokrat Wissel. Auch diese Persönlichkeiten haben sich aber immer damit abgefunden: es ging ja nicht anders, deshalb war es richtig, seien wir also zufrieden! — Und die Uebrigen? Das Volk hatte doch auf der ganzen Linie gesiegt, endlich war die Bahn frei zur Völkerverständigung und Völkervereinigung, für Selbstregierung, für den ewigen Frieden. Das Ziel der Arbeit eines halben Jahrhunderts war erreicht, was wollte man mehr. Und kann man wirklich auch von Stresemann so denken? Nein, nicht so, aber nicht besser, sondern noch schlechter! Diese Kategorie von Menschen, mag sie nun den Namen Stresemann tragen, oder Erzberger hat den Willen und das Talent, jede politische Lage, Veränderung, Katastrophen für ihren Ehrgeiz und ihre Eitelkeit zu benutzen und nur unter diesem Gesichtspunkt zu werten. Was sie öffentlich darüber sagen, ist ganz gleichgültig, ob sie nun klagen und anklagen, sich entrüsten oder preisen, darauf kommt es nicht an. Das Berliner Tageblatt schrieb vor einer Reihe von Jahren nicht etwa tadelnd, sondern voll hoher Anerkennung vom Inhaber des Kontos E. Gustav: er habe schon öfter „mit rascher Hand verbrannt, was er kurz vorher noch angebetet“ habe. Ganz richtig, nur hat das Blatt dieses Judent, der nur höchst selten unbewußt die Unwahrheit sagt, die Gründe und Motive des gehobenen kleinen Mannes nicht angegeben. Stresemanns einziger Maßstab für Stellungnahme, Freude, „Entrüstung“ usw. ist stets nur seine eigene Laufbahn gewesen, und so gibt es in dieser Republik jetzt Hunderttausende, Millionen von Menschen, und Herr Stresemann hat die Ehre und Freude der Prototyp dieser Gattung zu sein.

Auch im weiteren gesehen, muß man feststellen, so traurig und schmähtlich es ist: der bei weitem größere Teil der deutschen Bevölkerung sieht dem Versailler Ver-

trage stumpf gegenüber. Eine wirkliche deutsche Volkserregung würde es sich nicht nur am Gedenktage, sondern ohne Aufhören zur Aufgabe gemacht haben, diese Stumpfheit zu beseitigen. Der, von Hindenburg an erster Stelle unterzeichnete „Aufruf“ ruft in Wirklichkeit zu nichts auf, zu gar nichts! Er klagt wehleidig und ergeben im Namen „aller Freunde des Rechts“ — eine musterhaft läppische Redensart! — über „bittere Enttäuschung“ — eine unwahre Redensart, denn niemand konnte damals „enttäuscht“ sein, alles lag vorher klar auf der Hand — und schließt daran unmittelbar eine grobe Unwahrheit an; daß es gelungen sei, die „schwersten Auswirkungen“ des Versailler Vertrages abzuwenden. Welche denn? Das „wirtschaftliche Gedeihen Europas“, meinen anscheinend die Unterzeichneten, ist gerettet worden. Die Frage, was denn eigentlich „Europa“ ist, haben wir auch noch nicht beantwortet hören, wohl aber wissen wir, daß die neu-deutschen Machthaber seit einem Jahrzehnt mit unbestreitbarem Erfolg gegen das wirtschaftliche Gedeihen Deutschlands kämpfen.

Eine grobe Unwahrheit auch ist die Behauptung, deutsche Friedensunterhändler seien gezwungen worden, ihre Unterschriften unter den Versailler Vertrag zu setzen. Niemand hat sie gezwungen, niemand hat auch die Mehrheit der Nationalversammlung gezwungen, ihre Zustimmung zu geben. Ueberdies ist doch seit dem der Vertrag von Versailles dreimal vollständig freiwillig anerkannt worden, nämlich durch die Dawesgesetze, durch Locarno und durch den Eintritt in den Völkerverbund.

Deutschland habe den Vertrag unterzeichnet, ohne damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei. Das letztere steht aber im Artikel 231 des Friedensvertrages, und nachher ist dieser mit den anderen Vertragsbestimmungen freiwillig anerkannt worden: zu Versailles bezw. in Weimar, durch die Dawesgesetze, durch den Locarnopakt, durch den Völkerverbundseintritt, also wieder eine grobe, dabei durchdachte und auf Täufchung des deutschen Volkes berechnete Unwahrheit. Wahr ist höch-

stens, daß es nicht „Deutschland“ war, das anerkannte, sondern Persönlichkeiten, die nicht verdienten, Deutsche genannt zu werden.

Das Kernstück des Aufrufes liegt in der Unwahrheit und wohlberechneten Volkstäufchung von der „Nichtalleinschuld“: „Wir wissen uns eins mit allen Deutschen in der Zurückweisung der Behauptung der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege“. Hierüber ist im „Reichsward“ nicht selten geschrieben worden. Zeigheit nach außen und nach innen, eine bis zur Albernheit törichte Berechnung auf die Feindmächte bilden das innere Leitmotiv dieser bewußten Unwahrheit. Daß Deutschland nicht schuldig ist, wissen sie, sie sagen aber: Deutschland ist schuldig, aber ihr anderen Mächte seid auch schuldig! Können sie wirklich glauben, daß die anderen Mächte sich durch diesen lächerlichen Kniff veranlaßt sehen würden, ihre Schuld zuzugeben? Man könnte darüber lachen, wenn nicht die so großen urteilslosen Teile der deutschen Bevölkerung dauernd und hoffnungslos blind gehalten und irre geführt würden. Der Aufruf ist ein Dokument für die Gesinnung, welche nach wie vor bei deutschen Ministern vorhanden sein darf, ja gefordert wird für jeden, der eine leitende Stelle in diesem Lande bekleiden will.

Der Aufruf, so hieß es vorher in der „einschlägigen“ Presse, werde würdig und so gehalten sein, daß er die außenpolitischen Interessen nicht gefährde, mit anderen Worten: es könnte dieser Richtung nichts mehr zuwider laufen, als die Verbindung eines Kampfes auch gegen die Schuldfrage mit der Außenpolitik, denn das ist der einzige Weg, auf dem eine Politik der Befreiung getrieben werden kann. Die will man nicht, man will „Europa“.

Daß Hindenburg unter einen solchen verwerflichen Wusch seinen Namen gesetzt hat, kann nur dadurch erklärt werden, daß er den Inhalt, die Absicht und die Wirkungen des „Aufrufes“ nicht mehr zu übersehen vermag oder in der ihn umgebenden Atmosphäre alle eigene Richtung verloren hat. Schade um ihn, schade um seinen Namen, aber uns keineswegs unerwartet.

## „Republikchen ohne Schutz?“

Am 27. Juni fiel im Reichstag das sogenannte „Gesetz zum Schutze der Republik“. Was es gewesen ist und bedeutet hat, brauchen wir in diesem Augenblick nicht zu erörtern. Ungleich wichtiger ist die Frage, wie die Zukunft sich gestalten wird. Die sinnlose Wut der Sozialdemokraten und Demokraten, auch der Mittelparteien, in Reichstag und Presse über das Ergebnis der Abstimmung zeigte, wie schwer diese das heutige Deutschland beherrschenden Streife durch den unerwarteten Schlag getroffen wurden, den ihr „Mehrheitsprinzip“ hier gegen sie geführt hat. Der Innenminister, der Sozialdemokrat Severing, redete im Reichstag unter der Wucht dieses Einbruchs so unbeherrschert und teilweise so ungeschämt, wie er wohl noch niemals gesprochen hat. Er erklärte den Zustand ohne das Republiksschutzgesetz, wie er nun vom 21. Juli vorhanden sein wird, für unerträglich, versicherte dann in einem Atem, die Verfassung, besonders ihr Artikel 48, enthalte genug Machtmittel, um „Ruhe und Ordnung“ zu wahren und die Republik gegen Gewalt erfolgreich zu schützen, und aber im selben Atem versicherte Severing, daß er schon in der nächsten Tagung einen Gesetzentwurf für ein neues Republiksschutzgesetz vorlegen werde. Weiteres bleibt abzuwarten. Jedenfalls, und das ist erträulich, dabei hochkomisch, gab die unerwartete schwere Enttäuschung Gelegenheit, einen Augenblick die so langsam sonst verborgene Wahrheit ganz unbehindert blickartig zu sehen: die ganze Armlosigkeit dieses im Zeichen des Geldes stehenden, internationalistischen Weimar-Republikanismus, der in wütende Verzweiflung ausbricht, wenn er sieht, daß die Legalisierung seiner Gewalt Herrschaft aufhören könnte. Auf einmal war es ganz aus mit den geschwollenen Redensarten von der Stärke und Autorität dieser Republik.

Diese ganze durchjubelte Demokratengesellschaft verschiedener Abstufungen weiß genau, wie der Kredit ihrer Einrichtungen und ihres „Geistes“, deren Minderwertigkeit, sie durch große Worte und falsche Bezeichnungen, nicht zu reden von der Bewertung der Persönlichkeiten selbst, verschleiern halten möchte, in unaushaltbarem Schwinden begriffen ist. Das Republiksschutzgesetz machte unmöglich, öffentlich die Dinge bei ihrem wirklichen Namen zu nennen, und das ist es, wovor man mit Recht jetzt Todesangst hat. Zu was für kindischen Ausflüchten sogar Severing — wir überschätzen ihn wirklich nicht, aber er ist einer der Besten aus der marginalen Auslese — greift, zeigt, daß er an jenem Abend im Reichstag mit besonderem Nachdruck erklärte: nur dank dem Republiksschutzgesetz sei es möglich gewesen, die Interessen der Wirtschaft und des deutschen Mittelstandes zu schützen. Das galt in erster Linie der Wirtschaftspartei, die, freilich aus rein parteitaktischen Gründen, das Republiksschutzgesetz zu Fall gebracht hatte. Der Minister suchte im übrigen irgend etwas für das Gesetz anzuführen, ohne daß er die Wahrheit zugäbe, daß jenes Gesetz lediglich den Marxismus und seine Ableger, vor allem das Judentum, an der Macht halten soll.

Es ist wohl keine Frage, daß die international-sozialistisch geleitete „Reichs“regierung alles tun wird, um in irgend einer Form etwas Ähnliches an die Stelle des Republiksschutzgesetzes zu setzen. Man wird in der Zwischenzeit in erster Linie bestrebt sein, auf das Bürgerrecht einzuwirken, es mit Angst vor dem Kommunismus erfüllen, der ihm Hab und Gut wegnehmen würde, wenn kein neues „Schutzgesetz“ käme; ferner vor dem Bürgerkriege. Sicherlich wird mit solchen Einwirkungen viel zu machen sein, sonst wäre Michel nicht Michel. Die Mittelpresse schrieb schon: man bereite ein neues Schutzgesetz vor, dessen Verwilligung nur einer einfachen Mehrheit im Reichstag bedürfe, nicht einer Zweidrittelmehrheit, das also unter allen Umständen Annahme finden würde. Es hieß auch, man wolle die Deutschnationalen tödern, indem man ihnen das Fortbleiben des Artikels verspräche, welcher dem Kaiser ein Betreten deutschen Bodens verbietet. Man wird ohne Zweifel die Deutschnationalen auch auf das gemeinsame Interesse gegenüber der kommunistischen und nicht zum mindesten auch der

### Inhalt:

- Schade um Hindenburg!
- „Republikchen ohne Schutz?“
- „Triumph des Unsterblichkeitswillens“
- Die Ziele des Kampfbundes für deutsche Kultur